

Michael Kellner, Stefan Liebich und Ralf Stegner im Gespräch

»Die große Richtung stimmt zwar, aber viele wichtige Details passen noch nicht«

Mitte-Links. Geht das? Und wenn ja, wie? Über diese Frage diskutierten Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stefan Liebich, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE, und Ralf Stegner, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Die Gesprächsleitung hatte Thomas Meyer.

NG/FH: Herr Kellner, wo würden Sie für neue Gespräche zum Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten für Mitte-Links in der Bundespolitik die Hauptanknüpfungspunkte der Grünen im Verhältnis zu SPD und Linkspartei sehen?

Michael Kellner: Es gibt einen Punkt, der die gesellschaftliche Linke gemeinsam umtreibt. Das ist die Frage nach Gerechtigkeit in Deutschland, dem Land mit der ungerechtesten Vermögensverteilung in der gesamten Eurozone. Wir haben versucht, das im Bundestagswahlkampf zu thematisieren, allerdings mit wenig Erfolg.

Ich glaube, dass wir uns zum Beispiel beim Thema Handelsabkommen mit den USA mit Herrn Liebich gut verständigen könnten. Alle drei könnten wir uns wohl gut einigen hinsichtlich der Frage, wie wir mit dem Erstarken der Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Deutschland und europaweit umgehen.

Ich bin mir aber nicht sicher, ob wir eine gemeinsame Position etwa beim Thema Europa beschreiben könnten. SPD und Grüne sind da sehr nahe beieinander. Die Debatten in der Linkspartei sind sehr unterschiedlich. Eine gemeinsame positive Europaerzählung hinzubekommen halte ich für extrem notwendig. Eine Bundesregierung, die nicht insgesamt ein positives Verhältnis zu Europa hat, ist nicht vorstellbar.

Stefan Liebich: Das Gerechtigkeitsthema ist extrem wichtig. Und natürlich ist uns aufgefallen, dass alle drei Parteien im Wahlkampf die Umverteilung und die Steuerpolitik thematisiert haben. In der derzeitigen Koalition hat das Thema aber keinen Platz. Diese Zukunftsfrage ist für mich der Dreh- und Angelpunkt.

Es geht mir dann auch um das Thema Freiheit, bürgerliche Freiheitsrechte und die Frage, wie man mit der Bespitzelung vonseiten amerikanischer Geheimdienste umgeht. Zu Wahlkampfzeiten haben wir da an einem Strang gezogen, für die SPD in Regierungsverantwortung ist das jetzt komplizierter.

Dann die Familienpolitik. Alle drei haben wir gegen das Betreuungsgeld gekämpft, bei dem Geld dafür bezahlt wird, dass Eltern ihre Kinder nicht in Bildungseinrichtungen geben. Einig waren wir uns auch beim Einsatz für gleiche Rechte für Lesben und Schwule. Beim Thema Europa gab es bei uns Kontroversen, aber auf dem Bundesparteitag haben wir ein proeuropäisches Programm beschlossen. Die seltsamen Formulierungen, über die wir uns im Vorfeld gestritten haben, finden sich in unserem Programm nicht.

Übrigens, weil hier gerade die Eintracht zwischen SPD und Grünen beschrieben wurde: Mich hat ein Plakat der SPD zur Europawahl schwer irritiert, auf dem für die Wahl von Martin Schulz geworben wird, weil er ein Deutscher ist. Es gibt also offenbar auch Diskussionsbedarf in anderen Parteien.

Ralf Stegner: Ich glaube, dass bei den Parteien mitte-links Einigkeit besteht, dass in einer Gesellschaft, die so reich ist wie unsere, und in der die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander klafft, Politik et-

was verändern muss. Die Frage, ob man sich die Realität schön malt, oder ob man einen realistischen Blick darauf hat, mag uns in Teilen unterscheiden. Aber der Wunsch zur Veränderung eint uns sicherlich.

Ein weiteres wichtiges Thema für alle drei Parteien ist das Primat der Politik: Nicht die Menschen sind für die Wirtschaft da, sondern umgekehrt. Demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen Ausgangspunkt dafür sein, wie wesentliche Teile des Lebens wie Daseinsvorsorge, soziale Sicherung, Wasserversorgung und ähnliche Grundbedürfnisse geregelt sind. Das darf nicht privaten Profitinteressen unterliegen. Ich glaube, dass darin große Einigkeit besteht. Hier gibt es m.E. auch einen starken kulturellen Unterschied zu den übrigen Parteien. Auch in der Gesellschaftspolitik gibt es viel Nähe zwischen SPD, Grünen und Linken. Wir sind außerdem gemeinsam der Meinung, dass wir einen ökologisch ausgerichteten Umbau der Gesellschaft und eine Energiewende brauchen. Da gibt es trotzdem Unterschiede in der Frage, wie wir gleichzeitig eine Industriegesellschaft bleiben und den Wohlstand sichern können. Beim Thema Europa habe ich auch Dinge wahrgenommen, die mich befremden. Vor dem Hintergrund, dass wir ein soziales und friedliebendes Europa brauchen, das gemeinsam agieren muss, um mit China, Brasilien, Indien, Russland und den USA mithalten zu können, lohnte sich ein Diskussionsprozess darüber, wo es wirklich Unterschiede in diesem Politikfeld gibt.

Bei aller Betonung von Gemeinsamkeiten müssen wir aber vor allen auch darüber nachdenken, wie es eine gesellschaftliche Mehrheit für solche Veränderungsprozesse geben kann.

NG/FH: Es gibt also etwas wie eine gemeinsame politische Kultur, nicht nur zufällige Übereinstimmungen in einzelnen Politikgehalten. Das wäre ein starkes Fundament, auf dem die Unterschiede erfolgverspre-

chend geklärt werden können. Der Hauptanknüpfungspunkt wäre also das Thema Gerechtigkeit und die Überwindung der großen Ungleichheit. Europa ist hingegen eine Sphäre mit erheblichen Differenzen. Herr Kellner, wo liegen da die Schwierigkeiten für Dialog und Kooperation?

Kellner: Differenzen gibt es neben Europa auch bei anderen Themen. Herr Stegner hat von ökologischer Modernisierung gesprochen. Ihm glaube ich das auch, aber da gibt es auch andere Haltungen in der SPD. Und Rot-Rot in Brandenburg erschließt gerade einen neuen Braunkohletagebau mit verheerenden Konsequenzen für das Klima. Da stellt sich die Frage: Sind wir uns wirklich einig darin, welche Chancen eine ökologische Modernisierung einem Industrieland wie Deutschland bietet oder nicht? Für uns ist das natürlich die Kernfrage.

Oder ist man z.B. bereit, beim Thema Massentierhaltung einen anderen Weg einzuschlagen? Wenn ich an Brandenburg denke, scheint es da auch Differenzen zu geben. Herr Liebich hat eben vom Freiheitsbegriff gesprochen, von Datenschutz und Bürgerrechten. Da finden wir sicherlich Gemeinsamkeiten. Beim Thema Vorratsdatenspeicherung gab es aber einen Konflikt mit der SPD. Das dürfen wir nicht vergessen.

Letztlich gilt: Wir müssen uns nicht in allen Themen einig sein, aber wir brauchen genügend Schnittmengen, um eine gemeinsame Regierung zu gestalten. Letztlich handelt es sich um drei eigenständige Parteien, die für ihre Profilierung kämpfen müssen und werden.

Stegner: Als Schleswig-Holsteiner bin ich in der Klimapolitik in meiner eigenen Partei etwas offensiver als andere. Aber die SPD ist mit einer gewissen Einschränkung die einzige Volkspartei hier am Tisch. Das heißt, wir können meist nicht Entweder-Oder-Partei sein, sondern müssen Sowohl-als-auch-Partei sein. Der SPD kann es nie egal

sein, was mit den Industriearbeitsplätzen passiert. Wir sind stärker darauf angewiesen, einen Kompromiss auch innerhalb der eigenen Partei zu finden. Beim Thema Massentierhaltung sind wir uns noch näher gekommen, weil auch wir diese fabrikmäßigen Zustände kaum nachvollziehen können. Aber wie genau wir da etwas verändern können, ist für bestimmte Landstriche, nicht zuletzt meinen eigenen, nicht so einfach zu beantworten.

Und man muss immer auch über den Ballast reden, den man historisch mit sich rumschleppt. Da vereint Grüne und SPD z.B., dass wir in den neuen Ländern die einzigen Nicht-Blockparteien waren. Daher haben wir noch für eine Generation dort nicht die gleichen Wettbewerbschancen wie andere Parteien, hinsichtlich Personal, Geld und Organisationsstrukturen. Obwohl die Sozialdemokratie im Osten entstanden ist und da mal Volkspartei war, steht sie strukturell deutlich schlechter da als die CDU, z.T. sogar als die FDP. Das erklärt manches hinsichtlich Präsenz und Chancen. Die SPD wurde zwangsvereinigt und

dann verboten. Das ist natürlich ein Ballast und eine Begründung dafür, dass wir z.B. in Sachsen gerade einmal aus der Einstelligkeit herausgekommen sind. Kein Grund, dass man nicht zusammenkommt, aber man sollte das wissen.

Liebich: Also der Haupthinderungsgrund für eine Zusammenarbeit war bisher, dass die SPD diese Zusammenarbeit ausgeschlossen hat. Die entscheidende Veränderung war, dass sie sich auf ihrem Parteitag in Leipzig für Koalitionen mit den anderen demokratischen Parteien geöffnet hat. Es sind drei Bedingungen formuliert worden, die ich richtig finde.

Erstens: Eine stabile parlamentarische Mehrheit. Ich bin kein Freund von Experimenten mit Minderheitsregierungen, obwohl es solche Debatten auch in unserer Partei gibt.

Zweitens: Eine solide finanzielle Basis. Da, wo SPD und Linkspartei zusammen regiert haben, in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg, wurden die Haushalte saniert. Da hat unsere Par-

tei eine seriöse Haushaltspolitik gemacht, nicht, weil es die SPD wollte, sondern weil wir es selber für richtig halten.

Und das Dritte, wahrscheinlich der heikelste Punkt, ist eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik. Wer sollte nicht dafür sein? Aber was verstehen wir unter verantwortungsvoll? Die Politik von Angela Merkel wurde in den letzten Jahren aus gutem Grund auch von SPD und Grünen kritisiert, dann aber mitgetragen. Seit die SPD in der Regierung sitzt, wird das fortgesetzt, möglichst ohne Abstriche. Ich finde das nicht verantwortungsvoll.

SPD und Grüne haben viele Kritikpunkte an außenpolitischen Vorstellungen in unserer Partei. Das verstehe ich. Die formulierten Bedingungen sind erst einmal gut. Früher wurden noch Ausschlusskriterien genannt, wie die Geschichte unserer Partei. Das kann ich auch verstehen. DIE LINKE befindet sich in der Rechtsnachfolge der SED. Wir leugnen das nicht. Die SED hat sich 1989 entschieden, sich nicht aufzulösen, sondern den Weg der Reform zu gehen. Als wir hier in Berlin regierten, gab es heftige Diskussionen. Die SPD hat wegen der Koalition viele Mitglieder verloren und wir auch. Wir haben uns damals viel Mühe gegeben, den Blick auf die Geschichte in den Koalitionsvertrag hinein zu formulieren. Deshalb sind Leute völlig unterschiedlicher Richtungen ausgetreten. Das sollte man im Kopf behalten, es sollte aber nicht eine Zusammenarbeit ausschließen.

Dann gab es eine Zeitlang den Abschlussgrund Oskar Lafontaine. Auch das ist nachvollziehbar, aber heute nicht mehr entscheidend. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem es aus meiner Sicht um rein sachliche Differenzen geht. Darüber kann man aber reden. Die große Richtung stimmt zwar, aber viele wichtige Details passen noch nicht.

NG/FH: Das Argument, man brauche nur Schnittmengen und nicht Übereinstim-

mung in allen Punkten, ist ja richtig, aber mit einer Einschränkung: Wenn es in einem wichtigen Politikfeld eine bleibende Unverträglichkeit gibt, dann nützen die Schnittmengen in den anderen Bereichen nichts mehr.

Nun gibt es ja in einem zentralen Feld starke Differenzen: Bei der Außen- und Europapolitik, beim Thema Pazifismus. Einige in der Linkspartei sehen das als ihr Alleinstellungsmerkmal: keine Auslandseinsätze, auch nicht mit UNO-Mandat. Das ist eine sehr rigide Position. Haben Sie den Eindruck, dass in der Linkspartei da etwas in Bewegung geriete, wenn eine echte Kooperation in Aussicht stünde?

Liebich: Es kann sein, dass wir irgendwann an einen Punkt gelangen, an dem wir wegen der Differenzen sagen müssen: »Es geht nicht.« Aber um regieren zu können, müssen alle bereit sein, Positionen zu verändern. Wir müssen darüber sprechen, wo es bei den GRÜNEN, der SPD und natürlich auch bei uns Spielräume gibt, die eine kompatible Außenpolitik möglich machen. Das kann gelingen.

Unsere Partei hat Auslandseinsätze der Bundeswehr auch nicht prinzipiell ausgeschlossen. Das entspricht nicht unserer Programmlage. Für humanitäre Einsätze mit UN-Mandat oder Einsätze, bei denen nach einem Friedensschluss zwischen zwei Konfliktparteien Blauhelmsoldaten den Frieden sichern, haben wir das nicht ausgeschlossen.

Richtig ist, dass wir Kriegseinsätze ausschließen. Und der Blick etwa auf Afghanistan zeigt, dass sich das durchaus begründen lässt. Ich fand es zum Beispiel richtig, dass sich die letzte Bundesregierung nicht an dem Militäreinsatz in Libyen beteiligt hat. Das Ergebnis war ja: Man hat Gaddafi von der Macht entfernt, übrigens auch mit Mitteln, die wir als Bürgerrechtler und Demokraten nicht richtig finden, wir haben aber ein zertrümmertes Land und negative Auswirkungen auf dem gesamten

Kontinent. Zurückhaltung finde ich also richtig, über Details muss man reden.

Es ist ja auch nicht so, dass sich Rot-Grün immer einig ist. Aber dennoch lohnen die Gespräche.

Kellner: Ich habe den Leipziger Beschluss der SPD sehr begrüßt. Es gab offensichtlich tiefe Gräben zwischen den beiden Parteien, die nicht nur die Programmatik betrafen. Bei dieser Bedingung einer verantwortungsvollen Außenpolitik geht es im Kern darum, ob man bereit ist, sich in multilaterale Strukturen wie Vereinte Nationen, Europäische Union und eine transformierte NATO einzubinden. Ich glaube, dass man das für eine Bundesregierung mit Ja beantworten muss, bei aller Kritik im Einzelfall. Deswegen habe ich es auch bedauert, dass beispielsweise bei der Frage nach einer Absicherung von Schiffen im Mittelmeer, die die syrischen Chemiewaffen vernichten sollten, es kein klares Signal von der Bundeslinken gegeben hat ...

Liebich: ... Fünf Kollegen, unter anderem ich haben mit Ja gestimmt, ungefähr die Hälfte der Fraktion hat sich der Stimme enthalten ...

Kellner: ... und die Parteivorsitzende hat mit Nein gestimmt.

Stegner: Auch in der SPD gibt es neben einem pragmatischen Teil auch einen erheblichen Teil, der eher pazifistisch ausgerichtet ist. Auf der anderen Seite gehört auch zur deutschen Geschichte dazu, dass der Beginn der Demokratie nicht durch eine Freiheitsbewegung entstanden ist, sondern durch den militärischen Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland. Das führt dazu, dass es, selbst wenn man noch so pazifistisch gesonnen sein mag, zur Verantwortung gehört, zumindest zu prüfen, wer Konflikte, die friedlich nicht gelöst werden können, oder Völkermorde und dergleichen eigentlich verhindern oder beenden

soll. Die Vereinten Nationen sind da sicher die Richtigen, und Deutschland ist ein Teil davon. Und wenn die Vereinten Nationen in ihrer Mehrheit entscheiden, irgendwo einzugreifen, dann muss man Willens sein, sich dem zu stellen. Eine Position, die sich nur auf das Zahlen von Geld beschränkt, halte ich nicht für moralisch.

Die rot-grüne Bundesregierung hat zur damaligen US-Regierung aber auch gesagt: »Im Irak nicht mit uns.« Auch das muss möglich sein. Und in der Krise in der Ukraine ist es ganz entscheidend, dass der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen Sanktionsautomatismus verhindert hat, den die Amerikaner und viele andere wollen. Deutschland als größtes und reichstes Land innerhalb Europas hat eine besondere Verantwortung, aber durch unsere Geschichte eben auch eine, die deutsche Alleingänge ausschließt. »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein«, hatte es Willy Brandt treffend formuliert.

Ich bin zum Beispiel anderer Meinung als unser Bundespräsident oder Frau von der Leyen, die von einer neuen deutschen Rolle in der Welt reden. Wir sollten nicht unter den fünf größten Waffenexporteuren sein, sondern eher den Millenniumszielen näher kommen, mehr für Entwicklungszusammenarbeit zu tun, Fluchtursachen zu beseitigen, Bürgerkriege zu verhindern. Ein reiches Land wie Deutschland muss sich dort gemeinschaftlich engagieren, wo Menschenrechte massiv unterdrückt werden.

Das ist der Rahmen. Da ist immer noch viel Luft für Diskussionen im Konkreten.

NG/FH: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, hat zwei Begriffe in die Diskussion geworfen: die »Mosaik-Linke« und die »sedierte Republik«. Beim Begriff Mosaik-Linke ist die interessante Frage, wie die verschiedenen Parteien in die Gesellschaft hineinwirken? Und wie sie in ihrem Zusammenwirken große Teile der Gesellschaft in diese Debatten einbeziehen könnten? Was ist denn

das für ein Mosaik, das sich da ergäbe? Welche Partei wirkt in welche Milieus hinein?

Dazu gehört dann auch eine gewisse Koordination. Klar ist, dass man bei einer Konkurrenzsituation auf den gleichen Feldern unter Umständen insgesamt gar nicht viel gewinnen kann. Wie müsste also die Arbeitsteilung aussehen?

Stichwort sedierte Republik: Angela Merkel hat die Wahlen sicherlich zum großen Teil auch dadurch gewonnen, dass die Entpolitisierung, die sie verkörpert und auch in der Öffentlichkeit durchdrückt, vielen ziemlich gut gefällt. Wie können da die notwendigen Debatten entstehen?

Kellner: Wir erreichen nichts durch einen Kuschelkurs. In dem Sinn sitzen hier eigentlich die falschen Protagonisten zusammen. Wir alle drei sind offen für Rot-Rot-Grün, doch müssen gerade auch die in den Parteien miteinander reden, die da deutlich skeptischer sind. Man muss zwischen den Gesamtparteien Gemeinsamkeiten finden, aber man muss sich auch über die Unterschiede im Klaren sein. Es geht um gemeinsame Ideen, die in der Regierungszeit umgesetzt werden können, nicht um eine Liebesheirat.

Ich muss Herrn Liebich Recht geben, wir haben unter Rot-Grün in der Außenpolitik Fehler gemacht. Auch die Hoffnungen, die man an Auslandseinsätze geknüpft hatte, haben sich nicht immer erfüllt. Daraus haben wir Lehren gezogen. Heute würde Ich sagen: Nie wieder so etwas wie im Kosovo, also ohne UN-Mandat. Nur schließen wir es im Zweifelsfall als Ultima Ratio nicht aus.

Wir haben uns zum Beispiel gegen die Rentenpläne der Großen Koalition gestellt. Wir finden, dass die zu Lasten der Ärmsten gehen, sie nutzen dem Facharbeiter, aber nicht der breiten Bevölkerung, und sie leiden an einer Zukunftsvergessenheit. Zugleich dürfen wir die hohe Verschuldung und die Vorgaben der Schuldenbremse nicht vergessen. Damit müssen wir umgehen.

DIE LINKE hat im Osten, da wo sie mitregiert hat, verantwortliche Haushaltspolitik betrieben. Ich weiß nicht, ob das auf Bundesebene auch tragen würde.

Stegner: Man darf aber nicht verleugnen, dass die Frage, wie komplementär man antritt, natürlich auch ein paar heikle Punkte enthält. DIE GRÜNEN und die SPD können gut komplementär miteinander arbeiten, Stichwort Umweltpolitik. Wir registrieren aber auch, dass DIE GRÜNEN einen Teil des FDP-Erbes übernommen haben, inklusive der sozialen Zusammensetzung der eigenen Wählerschaft, die die Grünen etwas lockerer gegen die Rentenpläne der SPD argumentieren lässt.

Bei der Linkspartei ist für einen nicht kleinen Teil die SPD der Hauptgegner im Parteiensystem. Das macht eine Zusammenarbeit schwierig. Ich gehöre zu denen, die sagen, im Westen jedenfalls muss die SPD so aufgestellt sein, dass es links von uns im Parlament keine andere Partei gibt. Da sind wir harte Wettbewerber. Für den Osten habe ich die Strukturnachteile beschrieben, die das verhindern. Obwohl ich in der SPD ein Linker bin, halten sich meine Sympathien für die Linkspartei in Grenzen. Der Hauptgegner darf natürlich nicht jemand sein, mit dem man ein Bündnis schließen will. Und der Hauptgegner für mich ist nicht die Linkspartei, sondern selbstverständlich die Union. Große Koalitionen sind für mich der Ausnahmezustand.

Ich habe lange in rot-grünen Regierungen gearbeitet und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. DIE GRÜNEN haben beim Thema Rente mit 63 eine andere Haltung. Für uns ist eben die Frage entscheidend, was mit jemandem passiert, der 45 Jahre gearbeitet und unseren Reichtum mit erarbeitet hat. In dieser Klientel ist der Wähleranteil der Grünen gering, würde ich sagen.

Kellner: Das zeigt, dass Sie nicht über die nachdenken, die auch lange gearbeitet ha-

ben, aber extrem wenig Rente bekommen und die das jetzt auch noch zum Teil mitfinanzieren müssen.

Liebich: Unsere Antwort auf die sedierte Republik müsste sein, dass wir wieder die Kontroverse in die Gesellschaft tragen. Der abgeschlossene Europa-Wahlkampf war in dieser Hinsicht ein trauriges Beispiel, Unterschiede waren bei den Hauptgegnern SPD und CDU überhaupt nicht erkennbar. Es gab sogar fast identische Plakate. Bei den letzten Wahlen hat die SPD auf Beschluss-Ebene und DIE GRÜNEN über reales Handeln den Ausschluss formuliert, nicht mit uns zusammenzuarbeiten. So gab es ein rot-grünes Lager, das gegen die Union gekämpft hat und alle wussten, die Kanzlerin wird Angela Merkel heißen und entweder mit der SPD oder mit den Grünen oder der FDP regieren. Das trägt nicht dazu bei, diese sedierte Republik wieder in Bewegung zu bringen. Deswegen würde ich mir wünschen, dass man, auch wenn das viele nicht mögen, grob gezeichnet, einen Lagerwahlkampf macht.

Und solche Fragen wie die nach der gesellschaftlichen Umverteilung zeigen ja auch die Trennlinie zwischen den Lagern. Das sollte man auch offensiv vertreten und nicht versuchen, alles in der Mitte zusammen zu führen.

Stegner: Einspruch an einer Stelle. Eine sedierte Republik haben wir ja hauptsächlich deswegen, weil die Deutschen immer glauben, dass ein Club meist »älterer weiser Männer« die Dinge konsensual regeln könnte. Das ist natürlich dummes Zeug. Und ich gehöre eher zu denen, die für demokratische Streitkultur sind. Das finden übrigens auch nicht alle in meiner Partei gut. Aber ich muss massiv widersprechen, dass die Großen da immer miteinander kuscheln. Frau Merkel ist es vielmehr gelungen, uns die Begriffe zu klauen und die Bevölkerung einzuschläfern. Unterschiede gibt es sehr wohl und sie werden auch the-

matisiert. Und ganz so eindeutig ist das bei der Linkspartei auch nicht: Frau Merkel und die FDP konnten sich z.B. bei der Wahl des Bundespräsidenten Wulff in der Bundesversammlung gut auf die Linkspartei verlassen.

Warum haben wir momentan im Bundestag keine rot-rot-grüne Regierung, obwohl es dafür eine Parlamentsmehrheit gibt? Weil eine stabile Regierung nicht hätte gebildet werden können, da schon die Kanzlerwahl gescheitert wäre. Und wir wissen aus Hessen und anderen schmerzhaften Beispielen, dass, wenn so etwas mal scheitert, es für die nächsten 10, 20 Jahre erledigt ist. So etwas muss im Vorfeld stabil verabredet werden.

Liebich: Zum Thema Mosaik-Linke und Milieus: Bevor sich in Berlin SPD und PDS entschieden hatten, eine gemeinsame Regierung zu bilden, fühlte sich ein großer Teil der Stadt in den Regierungen nicht vertreten. Die Große Koalition unter Diepjen war immer eine Koalition, die als Westberliner Regierung wahrgenommen wurde. Als die PDS damals in die Regierung kam – und wir waren und sind in Ost-Berlin die stärkste Partei – hat sich einiges geändert. Die Menschen aus dem Osten haben dann auch ihre Leute in der Regierung gesehen. Das war wichtig.

Wir sind nicht die Partei, die allein die neuen Bundesländer vertritt. Da wählen die Menschen viel mehr CDU als uns. Aber es gibt dort eine Gruppe von ca. 20 bis 30 % der Menschen, die man m.E. in so eine Konstellation mit hineinnehmen könnte, wenn man ihre Themen, z.B. die Rentenungleichheit endlich anpackt.

Kellner: Rot-Grün-Rot hat seit der letzten Wahl zwar eine rechnerisch parlamentarische Mehrheit im Bundestag, aber nur, weil die FDP und die AfD knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben sind. Ohne diese Hürde hätte es eine große konservative Mehrheit gegeben. Das ist ein bitteres Er-

gebnis dieser Bundestagswahl. Im Wahlkampf haben Rot und Grün die Gerechtigkeitsbotschaft stark vertreten, bei der SPD vermisste ich das jetzt gerade. Bei der Linkspartei hatte ich nicht ganz unbegründet das Gefühl, dass sie ihren schwersten Angriff nicht etwa gegen die Union, sondern gegen Rot-Grün geführt hat. Es ist kein Geheimnis, dass es auch bei den GRÜNEN genau wie in der SPD Leute gibt, die sich andere Bündnisse besser vorstellen könnten. Einig sind wir uns bestimmt darin, dass uns Zweierbündnisse am liebsten sind.

Es gibt in der Linksfraktion zudem einen harten Kern, bei dem ich überhaupt keine Bereitschaft sehe, sich auf den Weg zu einer Gemeinsamkeit zu begeben. Wenn man uns zum Beispiel als Kriegstreiber bezeichnet, gehen unsere Jalousien ein Stück weit runter.

NG/FH: Vielleicht ist es deswegen wichtig, dass erst einmal die miteinander anfangen zu reden, die miteinander reden können, und später dann andere einbeziehen. Ansonsten gibt es vielleicht gar keinen Anfang.

Liebich: Die, die miteinander reden können, reden ständig miteinander. Wir haben vier Jahre eine gut funktionierende rot-rot-grüne Kommunikation gehabt. Wir müssen jetzt gerade diejenigen, die nicht miteinander können, zusammenholen. Ich brauche nämlich auch Sahra Wagenknecht, Diether Dehm oder Wolfgang Gehrcke mit am Tisch.

Ja, es gibt bei uns auch Leute, die prinzipiell nicht regieren wollen. Nur hat sich auch da in den letzten Jahren etwas massiv verändert. Als Stoiber 2002 Kanzler werden wollte und Dietmar Bartsch sagte: »Wir könnten das ja auch mit SPD und Grünen verhindern«, da gab es bei uns noch ein Riesentheater. Inzwischen ist die gesamte Führungsebene in Fraktion und Partei abstrakt dafür aufgeschlossen. Konkret gibt es allerdings noch viele Probleme.

NG/FH: Ralf Stegner, kann die SPD als Teil der Koalitionsregierung diese Art von Gesprächen überhaupt führen? Agiert sie dann nicht gleichzeitig als Regierungs- und Oppositionspartei?

Stegner: Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit. Mit der Union ist das eine Lebensabschnittspartnerschaft, die 2017 enden muss. Das heißt aber auch nicht, dass wir die Opposition in der Regierung sind. Das können und wollen wir nicht sein. Aber unser Ziel ist ein anderes, deswegen muss man zu den anderen Parteien stabile Gesprächsfäden knüpfen.

Die jungen Abgeordneten treffen sich regelmäßig. Das finde ich gut. Das bewegt in den Parteien aber zunächst mal noch nicht viel. Aber gleich die Hardcore-Gegner an den Tisch zu holen, führt nur zu ungemütlichen Abenden und relativ schnell zu dem Urteil: »Das klappt ja doch nicht.«

Diejenigen in der Linkspartei, die überhaupt nicht regieren wollen, muss man fragen, ob sie an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen interessiert sind, oder ob es ihnen reicht, Papiere zu verabschieden. Solche Leute gibt es auch in meiner Partei.

Es gibt ein schönes Zitat von Willy Brandt: Wenn der Preis als Sozialdemokrat Regierungsmitglied zu sein der ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein, dann will ich nicht mehr Regierungsmitglied sein. Also: Regieren um jeden Preis geht nicht. Aber regieren wollen, weil man die Lebensverhältnisse verbessern kann, das unterscheidet uns eben von den anderen.

Der Union ist es aus machtpolitischer Sicht eigentlich schnurz, mit wem sie regiert. Sogar der Seehofer sagt heute dies und morgen das Gegenteil davon, das stört seine Leute überhaupt nicht. Das ist bei uns komplett anders. Unsere Parteien sind ja historisch emanzipatorisch gegen andere Mehrheiten entstanden. Die Machtposition zu haben, reicht da nicht aus, sondern man muss das immer inhaltlich rechtfertigen.